

**Internationaler Gipfel der Alternativen
Workshop (WS) 1: Globale Machtverhältnisse –
Handelsfragen, EU-Politik und Global Governance**

**4. Juni 2015 – München
Inhaltliche Beiträge der Panelistinnen und Panelisten
– Kurzttext 2 von 2 –**

Sven Hilbig – Referent Welthandel und globale Umweltpolitik, Brot für die Welt

Bereits beim ersten Ministertreffen der Welthandelsorganisation (WTO), 1995 in Singapur, machte die Europäische Union (EU) deutlich, welche Ziele sie mit ihrer Handelspolitik in erster Linie verfolgt: Weitgehende Liberalisierung und Deregulierung in den Bereichen, in denen europäische Unternehmen produktiver und damit konkurrenzfähiger sind. Dazu gehören Auslandsinvestitionen, Dienstleistungen, geistiges Eigentum und öffentliches Beschaffungswesen.

Um ihre handelspolitischen Forderungen durchzusetzen, agiert die EU grundsätzlich sowohl im multilateralen Rahmen als auch mittels bilateraler Handels-, Investitions- und Partnerschaftsabkommen, die sie direkt mit einzelnen Staaten oder Staatengruppen aushandelt. Mittels der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) hat die EU ein neues Kapitel aufgeschlagen. TTIP verfolgt eine, über bisherige Handelsvereinbarungen hinausgehende, exzessive Freihandelsagenda. Zum ersten Mal in der Geschichte sollen im Rahmen eines *bilateralen* Abkommens *globale* Standards gesetzt werden. Dieses Vorhaben macht nicht nur die Arroganz der Verhandlungsführer deutlich (10 Prozent der Weltbevölkerung wollen dem Rest der Menschheit vorschreiben, nach welchen Regeln sie zu leben haben), sondern untergräbt dringend notwendige Ansätze zur Errichtung einer multilateralen Handelsordnung, in der ökonomische Interessen in einen politischen Ordnungsrahmen eingebunden werden, der soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sicherstellt. Nur so kann Handelspolitik zu einer zukunftsfähigen Entwicklung beitragen.

TTIP wie auch die Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen EU und Kanada (CETA) sowie die Transpazifische Freihandelszone (TPP) fallen in die Zeit einer zunehmenden Fragmentierung von Multilateralismus in der Handels- und Wirtschaftspolitik sowie anderen wichtigen Politikbereichen. Ursache hierfür ist, dass althergebrachte internationale Institutionen (IWF, Weltbank, etc.) nur noch eingeschränkt funktionieren und zudem ihre Legitimität durch die Einrichtung von exklusiven Clubs untergraben wird: Die mit der Gründung der G7-Staaten begonnene Club-Governance hat inzwischen zahlreiche Nachfolger gefunden; angefangen von den G20 bis hin zur BRICS-Staaten-Gruppe. Von der anfänglichen Euphorie, durch die Beteiligung von Ländern des globalen Südens könnte eine fortschrittlichere Politik eingeleitet werden, ist nur noch wenig übrig geblieben. Die Schwellenländer verfolgen keine neue Politik, sondern kopieren die Produktions- und Konsummuster

des Nordens. Mit dieser aufholenden Industrialisierung sind sie selbst zu einem der treibenden Akteure des Neoliberalismus geworden, welcher hauptverantwortlich ist für zunehmende soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung.

Die gegenwärtigen Kräfte der ökonomischen Globalisierung, in Nord und Süd, verhalten sich so, als wenn es 1992 keinen Umweltgipfel in Rio de Janeiro gegeben hätte, wo das dreidimensionale Nachhaltigkeitskonzept entwickelt wurde. Demnach setzt eine zukunftsfähige Entwicklung voraus, dass Ökonomie, Ökologie und Soziales als gleichrangige Ziele behandelt werden.

Nachfolgende Generationen haben nur dann eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben, wenn die gegenwärtige Generation zum einen die planetarischen Grenzen respektiert und zum anderen für eine faire Verteilung der vorhandenen Güter sorgt. Hierzu bedarf es global verbindlicher Regelungen bezüglich Rohstoffverbrauch, CO₂-Emissionen etc.. Der im September 2015 bevorstehende Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen (UN) in New York könnte den Auftakt dafür bilden. Die dort zur Verabschiedung stehenden Nachhaltigkeitsziele sollen für alle Länder der Welt Gültigkeit besitzen. Dies käme einem Paradigmenwechsel gleich, durch den alle Staaten zu „Entwicklungsländern“ erklärt würden.

Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Kurswechsels ist jedoch sehr gering. Denn zur Umsetzung eines zukunftsweisenden Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells bedarf es mehr als nur der Verabschiedung von globalen Nachhaltigkeitszielen durch die UN. In erster Linie müssten die Staaten sich verabschieden von einem Wachstumsmodell, das immer neue Regionen und Gesellschaftsbereiche einer privatwirtschaftlichen Logik unterwirft und verwertbar machen will. TTIP, CETA und TPP treiben diese Logik auf die Spitze, indem sie bisher noch unberührte Lebens- und Gesellschaftsbereiche danach durchforsten, wo sich Kosten reduzieren lassen, indem (Qualitäts-)Standards abgebaut werden.

Darüber hinaus befürchten viele Beobachter, die Einrichtung von sogenannten Mega-regionalen Handelsabkommen könne zu einer neuen Blockbildung in der internationalen Staatengemeinschaft führen, an deren Ende unter Umständen das Zerplatzen von – nach dem 2. Weltkrieg geschaffenen – Global-Governance-Strukturen steht und ein neues Zeitalter von Großmacht Konkurrenz heraufziehen könnte. Andere befürchten das Aufkommen neuer Renationalisierungstendenzen oder gar neuer Nationalismen.

Ungeachtet dieser Diskussionen und verschiedener Interpretationen der gegenwärtigen Entwicklung in der Handels- und Wirtschaftspolitik, ist unumstritten, dass, erstens, die Durchsetzung allgemeingültiger, multilateraler Regeln schwerer geworden ist, und, zweitens, ein einfacher Rückgriff auf die bestehenden multilateralen Institutionen, wie die WTO, viel zu kurz greift. Die WTO leidet nicht zuletzt an dem Geburtsfehler, dass sie nicht in das UN-System eingebunden wurde, mit der Folge: Die von den UN formulierten Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele sind für die WTO nicht verbindlich. Und ein Blick auf die vergangenen Jahrzehnte macht die mangelnde Effektivität dieser Institutionen bei der Lösung globaler Probleme und der Bereitstellung öffentlicher Güter deutlich.

Zukunftsfähig ist eine Stärkung des Multilateralismus nur dann, wenn er einerseits inklusiv, das heißt auf eine breite Beteiligung setzend, ist, und andererseits seine Institutionen zu einer wirksamen Verwirklichung von Menschenrechten sowie sozial und ökologisch nachhaltiger Entwicklung verpflichtet werden.